

Vorträge, Reden und Berichte aus dem Europa-Institut

— Sektion Rechtswissenschaft —

Nr. 302

herausgegeben von

Professor Dr.Dr.Dr.h.c.mult. Georg RESS und Professor Dr. Torsten STEIN

Hönn / Albeck / Ress / Pommerehne

Eröffnung des Studienjahres 1993/94

The Right Hon. Judge David A. O. Edward
European Court of Justice, Luxemburg

European Community —
Commerce, Competition and Protection

Vortrag vor dem Europainstitut der Universität des Saarlandes
Saarbrücken, den 18. Oktober 1993

1993 © Europa-Institut
Universität des Saarlandes
Nicht im Buchhandel erhältlich
Abgabe gegen eine Schutzgebühr
von 10,— DM

Grußwort

Professor Dr. Günther HÖNN
Präsident der Universität des Saarlandes 5

Begrüßung

Professor Dr. Hermann ALBECK
Dekan der Rechts- und Wirtschaftswissen-
schaftlichen Fakultät
der Universität des Saarlandes 9

**Verleihung des Hans-Werner-Osthoff-Preises
Bericht und Überreichung der Zertifikate**

Professor Dr. Dr. Dr.h.c.mult. Georg RESS
Direktor des Europa-Instituts
- Sektion Rechtswissenschaft - 13

Professor Dr. Werner POMMEREHNE
Direktor des Europa-Instituts
- Sektion Wirtschaftswissenschaft - 19

Festvortrag**"European Community - Commerce, Competition
and Protection"**

The Right Hon. Judge David A. O. EDWARD
European Court of Justice, Luxemburg 25

Der Präsident der Universität des Saarlandes

Professor Dr. Günther HÖNN

Herr Dekan,
Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,
liebe Studentinnen und Studenten!

Die Zeit der Eröffnung des Studienjahres 1993/94 der Aufbaustudiengänge "Europäische Integration" und "Europäische Wirtschaft" am Europa-Institut der Universität des Saarlandes ist von drängenden Problemen der Universität und von besonderer Aktualität europarechtlicher Fragestellungen gekennzeichnet. Gerade erst hat das Bundesverfassungsgericht den Vertrag von Maastricht im Grundsatz bejaht - unter gewisser Abschwächung seiner ursprünglichen Zielsetzung. Und damit ist das Risiko eines Bruches in der europäischen Entwicklung abgewendet. Angesichts einer Welt im Umbruch ist die auch weiterhin sichere Einbettung Deutschlands in ein sich vereinigendes Europa ein Gut von nicht zu unterschätzendem Wert. Daß es darüber hinaus dem Bundesverfassungsgericht gelungen ist, verbreitete Bürgerängste vor einem Leviathan Europa ernst zu nehmen, wird meines Erachtens der europäischen Entwicklung nur zugute kommen.

Der Zukunft Europas ist der Vortrag von Judge David EDWARD gewidmet. I warmly welcome you, Mr. Edward, on behalf of the University of the Saarland. We are very interested in what you will tell us on the future of the European Community.

Herzlich begrüßen darf ich die Generalkonsulin der Französischen Republik, Madame GERARD, sowie die Abgeordneten des Landtags, die Herren GRUSCHKE und KIEFABER; als Vertreterin des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur, Frau KLOS. Ich begrüße den Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer des Saarlandes,

Herrn Dr. GEORGI, nicht zuletzt den Präsidenten der Landeszentralbank Rheinland-Pfalz/Saarland, Herrn KOEBNICK. Und ganz besonders herzlich möchte ich Herrn Professor OSTHOFF begrüßen.

Meine Damen und Herren, die Universität des Saarlandes befindet sich infolge der weitgehenden finanziellen Unbeweglichkeit des Landes in einer schwierigen Phase personeller Einsparungen, die allen Beteiligten der Universität äußerste Anstrengungen abverlangen, damit der Universitas Saraviensis kein Schaden entsteht. Es ist zwar zutreffend, daß Investitionen in die Universität der Struktur des Landes zugute kommen müssen und schon von daher erste Priorität haben sollten. Aber angesichts von Horrormeldungen über massiven Arbeitsplatzabbau auch im Akademikerbereich können wir der Forderung nach einer Besinnung auf selbstgewollte Schwerpunkte und, damit verbunden, nach autonomen Entscheidungen über Stelleneinsparungen insgesamt meines Erachtens nur um den Preis eines starken Ansehensverlustes entkommen. Da das Europa-Institut zweifellos zu den Schwerpunkten der Universität des Saarlandes zu rechnen ist, sind die hier Anwesenden freilich weniger betroffen. Meiner damit zugleich wiederholten Bitte um Unterstützung bei den alles andere als erfreulichen Einsparbemühungen möchte ich einige Worte zur hochschulpolitischen Landschaft anfügen.

Die Studentenzahlen sind nach wie vor hoch. An der Universität des Saarlandes dürften sie sich auf der Ebene des Vorjahres einpendeln. Vor dem Hintergrund der diesbezüglichen Überlast ist das hochschulpolitische Klima seit längerem bundesweit geprägt von wechselseitigen Vorwürfen von Politik und Universitäten, wobei die Kultusbürokratien zumindest partiell für die Universitäten Partei ergreifen. Sie alle kennen die Beanstandungen der zu langen Studienzeiten, Beanstandungen, die in der Tat im Kern zutreffen, freilich weitgehend von Faktoren außerhalb der Universität zu verantworten sind. Unbestritten, aber zu wenig in der öffentlichen Diskussion präsent, ist die nach wie vor hohe Qualität der deutschen Universitätsausbildung. Die unzureichenden Finanzmittel der Universitäten gehen auf langjährige Versäumnisse der Politik zurück und lassen sich in der gegenwärtigen Krise natürlich nicht leicht kompensieren. Die Schwierigkeiten speziell der Universität des Saarlandes haben ihre Ursache in einem breit angelegten Ausbau der Universität, der offenbar die Finanzkraft des kleinen Landes in der Krise zu überfordern droht. Da die Lösung der wahren Probleme schwierig ist, hat sich die Politik auf einen Ersatzkriegsschauplatz begeben und verfolgt einen verhängnisvollen Hang zur Regulierung im Hochschulbereich. Die Erwartung, durch eine Normenflut - und sei es

qua *fleet in being* - Studienzeiten zu verkürzen, dürfte meines Erachtens in die Irre gehen. - Selbstmitleid der Hochschulen vor dem Hintergrund dieser Situation wäre freilich unangebracht. Wir müssen uns darauf besinnen, was auch früher unter schwierigen Verhältnissen geleistet worden ist und die Universitas Saraviensis zur angesehenen Universität gemacht hat. Und wir müssen die uns gestellten Aufgaben nach Kräften erfüllen.

Wenn ich die derzeitige Stimmung an der Universität zutreffend deute, so scheint sie sich trotz aller Probleme erfreulicherweise in Richtung auf einen optimistischen Realismus zu entwickeln. Speziell der Leitung des Europa-Instituts möchte ich bei dieser Gelegenheit den Dank der Universität des Saarlandes für Geleistetes aussprechen. Jeder hier weiß, daß es mit einer bloßen Pflichterfüllung nicht getan ist und daß wir alle bei der Drohung mit einer 40-Stunden-Woche nur lächeln können. Der Aufbauerefolg der europäischen Studiengänge legt Zeugnis ab von dem Geleisteten.

Liebe Studentinnen und Studenten, am Beginn Ihres Studiums in den Aufbaustudiengängen "Europäische Integration" und "Europäische Wirtschaft" möchte ich Ihnen Freude an der Arbeit und Erfolg wünschen. Ihr Ziel ist zukunftsgerichtet in mehrfachem Sinne: Ihre Mitwirkung am Aufbau Europas beginnt sozusagen spätestens heute. Wie alle überzeugten Europäer wissen, war der bisherige Weg nach Europa steinig. Und auch die weitere Integration wird nicht reibungslos vonstatten gehen. Die Lehrangebote des Europa-Instituts im Rahmen der Aufbaustudiengänge bieten Ihnen eine große Chance. Tun Sie, was Sie selbst tun können, um diese Chance zu nutzen. Mit der Arbeit wird die Freude an der Sache kommen, und diese ist schon der halbe Erfolg.

Dem Europa-Institut, seinen Direktoren, Dozenten und Studierenden wünsche ich ein erfolgreiches Studienjahr 1993/94.

Vielen Dank.

**Der Dekan der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät
der Universität des Saarlandes**

Professor Dr. Hermann ALBECK

Sehr geehrte Anwesende,
liebe Teilnehmer am Aufbaustudiengang "Europäische Integration"!

Wir alle sind Zeugen eines faszinierenden Vorgangs: Die Nationalstaaten Europas sind auf dem Wege eines friedlichen und freiwilligen Zusammenschlusses zu einem Europa ohne Grenzen. Eine leidvolle Geschichte kriegerischer Auseinandersetzungen zwischen diesen Staaten soll Geschichte bleiben, soll endgültig der Vergangenheit angehören. Dieses allgemeine Anliegen der Friedenssicherung war von Anfang an die entscheidende politische Triebkraft der europäischen Einigungsbewegung. Schon in der Präambel zum EGKS-Vertrag heißt es, daß die vertragschließenden Parteien "an die Stelle der jahrhundertalten Rivalitäten einen Zusammenschluß ihrer wesentlichen Interessen setzen, um durch die Errichtung einer wirtschaftlichen Gemeinschaft den ersten Grundstein für eine vertiefte Gemeinschaft unter den beteiligten Völkern zu legen und die institutionellen Grundlagen zu schaffen, die einem nunmehr allen gemeinsamen Schicksal die Richtung weisen kann." In den späteren und weitergehenden Vertragswerken wird dieses grundlegende Ziel der Sicherung von Frieden und Freiheit immer wieder bekräftigt. Ich meine, daß es mehr als angemessen ist, am Ende eines vergangenen und zu Beginn eines neuen Studienjahres über Fragen der europäischen Integration sich dieses allgemeinen Anliegens zu erinnern. Es verhilft dazu, die Aufgeregtheiten vieler tagespolitischen Auseinandersetzungen und nicht zuletzt auch mancher fachspezifischen Kontroversen um europapolitische Details in einer größeren Distanz zu sehen. Und Distanz erweitert ja bekanntlich die Perspektive.

Obwohl es letztlich um grundlegende politische Ziele geht, ist die europäische Integration bis heute vornehmlich wirtschaftliche Integration. Dies hat gute Gründe; der wichtigste ist vielleicht der, daß ein gemeinsamer Markt den beteiligten Nationalstaaten Vorteile in Form von Wohlstandsgewinnen verspricht. Die Chancen der Wohlstandsmehrung ließen und lassen häufig selbst ausgeprägte Souveränitätsbedenken in den Hintergrund treten. Hilfreich in dieser Hinsicht war sicherlich auch die Konzeption des

EWG-Vertrags, der die Gemeinschaft nach dem Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung nur wenige Kompetenzen zuweist und sich ansonsten konzentrierte auf die Grundlagen des gemeinsamen Marktes: Errichtung der Zollunion, Gewährleistung der vier Grundfreiheiten, gemeinsame Wettbewerbspolitik für ein System unverfälschten Wettbewerbs.

Mit fortschreitender Integration der Märkte werden freilich die wechselseitigen Abhängigkeiten stärker. Konjunktur und Geldwert sind über den freien Austausch von Gütern und Geld enger verbunden. Attraktivitätsunterschiede in den Wirtschaftsstandorten führen zu Wanderungen von Kapital und Arbeitskräften und beeinflussen so die Wachstumschancen von Regionen. Der gemeinsame Markt mit seinen vier Grundfreiheiten des ungehinderten Austauschs von Waren und Dienstleistungen und der Freizügigkeit von Arbeit und Kapital führt auf diese Weise nicht nur zu einer Konkurrenz zwischen Produzenten, sondern auch zu einem weitergehenden Wettbewerb der nationalen Wirtschafts- und Sozialordnungen, ja der nationalen Gesellschaftsordnungen überhaupt, und das bedeutet immer auch Wettbewerb der jeweiligen Rechtsordnung. Für diesen Wettbewerb gibt es zahlreiche Beispiele. Ich nenne den Wettbewerb der Steuersysteme, der nicht zuletzt das besonders delikate Feld der Besteuerung von Kapitalerträgen umfaßt. Ich erwähne ferner den Wettbewerb der Sozialsysteme, den man hierzulande auch mit dem Begriff des "Sozialdumping" belegt hat - nebenbei bemerkt eine analytisch ganz unzutreffende Bezeichnung, weil es keineswegs um ein Anbieten zu Preisen geht, die für den betreffenden Anbieter nicht kostendeckend sind. Der zugrundeliegende Sachverhalt ist vielmehr folgender: Die Sozialsysteme in den einzelnen Mitgliedstaaten unterscheiden sich in vielfältiger Weise; dabei ist das Schutzniveau in den relativ reichen Staaten höher als dort, wo nur vergleichsweise bescheidene Realeinkommen erwirtschaftet werden. Für sich genommen bedeutet das für die Menschen in den ärmeren Staaten einen Anreiz zur Wanderung in Regionen, die nicht nur relativ hohe Löhne, sondern eben auch relativ großzügige Arbeitsbedingungen und Sozialleistungen bieten. Umgekehrt besteht für kostenminimierende Unternehmen ein Anreiz, Produktionsstandorte dorthin zu verlagern, wo die nötigen Arbeitskräfte billiger zu haben und insgesamt die Soziallasten geringer sind. Auf diese Weise kommt es über den Standortwettbewerb zwischen Regionen auch zu einem Wettbewerb zwischen unterschiedlichen Sozialsystemen, und dieser Wettbewerb tut insbesondere den Arbeitnehmern in den reicheren Staaten weh. Es ist deshalb kein Zufall, daß der Vorwurf des "Sozialdumping" gerade von ihnen bzw. ihren Vertretern erhoben wird. Ich will das hier nicht weiter verfolgen, sondern ganz allgemein

darauf verweisen, daß wir Wettbewerbsprozesse dieser Art und ihre Folgen üblicherweise in der Theorie des fiskalischen Föderalismus untersuchen, also in einem Bezugsrahmen, der zum festen Bestandteil des Lehrprogramms am Europa-Institut gehört.

Aus der engen Interdependenz im wirtschaftlichen und sozialen Bereich erwachsen zahlreiche Fragestellungen. Inwieweit soll man die beschriebenen Wettbewerbsprozesse wirken lassen und auf diese Weise zu einer ex post-Annäherung von Rechts- und Verwaltungsvorschriften kommen, die das Funktionieren des gemeinsamen Marktes beeinflussen? Wo führt ein Wettbewerb der Systeme zu unbilligen Ergebnissen, und inwieweit läßt sich dem durch eine Harmonisierung nationaler Regelungen, also eine Angleichung ex ante begegnen? Inwieweit verlangt eine Währungsunion, wie sie in dem Vertragswerk von Maastricht angelegt ist, ergänzende Schritte auf dem Weg zu einer politischen Union? All dies sind Fragen, auf die die rechten Antworten nicht fertig in der Schublade liegen, sondern noch erarbeitet werden müssen.

Meine sehr geehrten Anwesenden!

Ich hatte eingangs gesagt: Wir alle sind Zeugen des faszinierenden Vorgangs der europäischen Integration. Ich füge hinzu, wir sind nicht nur Zeugen in dem Sinne, daß wir gleichsam sprachlos dem Prozeß der europäischen Einigung folgen; vielmehr sind wir aufgerufen, an diesem Vorgang aktiv mitzuwirken. Das gilt insbesondere für Sie, die Teilnehmer am Aufbaustudiengang "Europäische Integration". Eine gedeihliche aktive Mitwirkung braucht eine Menge an Wissen: empirisches Wissen um die institutionelle Struktur der Gemeinschaft und die jeweils spezifischen Verhältnisse in den einzelnen Mitgliedstaaten; theoretisches Wissen um integrationspolitische Handlungsmöglichkeiten und ihre Eignung für die integrationspolitischen Ziele, wobei zu beachten ist, daß sich mit der Öffnung des europäischen Ostens ein ganz neues Umfeld ergeben hat; *last not least* braucht es ein gut Teil historisches Wissen darum, wie realisierte Staatenbünde und Bundesstaaten entstanden sind und wie sie funktionieren - dies deshalb, um der gelegentlich frei schwebenden Phantasie des Theoretikers die nötige Erdung zu geben.

Der Aufbaustudiengang "Europäische Integration" bietet viel von diesem Wissen. Er bietet mit der Gliederung des Europa-Instituts in einen rechtswissenschaftlichen und einen wirtschaftswissenschaftlichen Zweig vor allem die einmalige Chance, den funktionellen Verflechtungen ökonomischer und juristischer Sachverhalte im Studium Rechnung zu tragen. Ergreifen Sie diese Chance!

**Der Direktor des Europa-Instituts der Universität des Saarlandes
- Sektion Rechtswissenschaft -**

Professor Dr. Dr. Dr.h.c.mult. Georg RESS

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

das Studienjahr 1993/94 beginnt mit einem verheißungsvollen Auftakt. Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Oktober 1993 kann der Vertrag von Maastricht nunmehr auch von der Bundesrepublik Deutschland ratifiziert werden und am 1. November 1993 in Kraft treten. Damit wird die Europäische Union über die drei bisher verfaßten europäischen Gemeinschaften hinaus gegründet. Wichtige Bereiche der Außen- und Innenpolitik werden zur gemeinsamen Aufgabe erklärt und in eine, wenn auch gouvernementale Zusammenarbeit überführt. Der Weg zu einer gemeinsamen Währung ist unter der Voraussetzung der Einhaltung der Konvergenzkriterien, die die Stabilität der Währungen sichern soll, eröffnet. Mit der Ratifikation des Maastrichter Vertrages wird die neue Unionsbürgerschaft unter Erweiterung des Wahlrechts für EG-Bürger ins Leben gerufen und ein neues rechtliches Band aller Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten geschaffen. Vor Ihnen, den Teilnehmern des Aufbaustudienganges, liegt ein spannendes Jahr der weiteren Realisierung der Idee der Integration Europas, eines Europas, das in vielen Mitgliedstaaten aber auch die Befürchtung des schrittweisen Verlustes nationaler Identität und der Substanz an Staatlichkeit ausgelöst hat. Diese Befürchtung hat das Bundesverfassungsgericht - wie ich meine mit Recht - entkräftet.

Die vom Europa-Institut in den vergangenen Jahren organisierte Vortragsreihe sowohl der wirtschaftswissenschaftlichen als auch der rechtswissenschaftlichen Sektion wird sich in diesem Studienjahr vor allem mit den Problemen der wirtschaftlichen Entwicklung, aber auch der "Staatlichkeit" der Mitgliedstaaten befassen. Neben dem heutigen Vortrag über "European Community, Commerce, Competition and Protection" von Judge David EDWARD - den ich hier herzlich als alten Freund des Europa-Instituts begrüße und ebenso herzlich unseren vielleicht noch älteren Freund, Generalanwalt Professor Carl Otto LENZ - werden wir in der juristischen Abteilung Vorträge über die Harmonisierung des Urheberrechts in Europa, über Entwicklungstendenzen des Markenrechts unter europäischer Perspektive sowie über Trade Policy and Competition, über europäisches

Steuerrecht und über Probleme der amerikanischen Handels- und Investitionsschranken aus der Sicht der EG anbieten. Diesen dem europäischen Wettbewerbsrecht und der Wirtschaftsharmonisierung gewidmeten Vorträgen stehen auf der anderen Seite Veranstaltungen gegenüber, die sich den Grundfragen des Verhältnisses zwischen europäischem Gemeinschaftsrecht und dem Recht der Mitgliedstaaten widmen. Der frühere Direktor des Europa-Instituts in Nancy, Professor Jean CHARPENTIER, wird über "La notion d'Etat à la lumière des transformations de la société internationale" sprechen und Frau Professor Elisabeth ZOLLER von der Universität Straßburg über "La politique étrangère et de sécurité commune en Europe". Professor Pierre VILLARD von der Universität René Descartes (Paris V) wird über "Etat, Nation et Région" Überlegungen anstellen, das heißt: "réflexions sur l'unité des Etats européens depuis deux siècles". Unser Kollege Josef ISENSEE aus Bonn wird die deutsche Sichtweise akzentuieren und im Januar 1994 über die europäische Einigung und die Staatlichkeit der Bundesrepublik Deutschland sprechen. Der Vizekanzler des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, Professor Herbert PETZOLD, greift die gerade in Wien in der letzten Woche eingehend diskutierte Reform des Systems des europäischen Menschenrechtsschutzes auf, also die geplante Fusion von Kommission und Gerichtshof in Straßburg. Nutzen Sie, meine Damen und Herren, die Gelegenheit, die sowohl aktuellen als auch grundsätzlichen Veranstaltungen zu besuchen, die wir im Rahmen der Stiftungsgastprofessur "Europäische Integration" veranstalten.

Diese Stiftungsgastprofessur, in deren Rahmen auch viele Wissenschaftler aus dem Ausland Vorträge halten oder als Gastprofessoren Vorlesungen anbieten, ist zu einem wesentlichen Element unseres Studienganges geworden. Im nächsten Studienjahr wird z.B. Professor Enrique AIMONE GIBSON von der Universidad Valparaíso (Chile) über Internationales Wirtschaftsrecht und lateinamerikanische Integration - sozusagen ein Kontrastprogramm - vortragen. Professor Joseph DARBY aus den Vereinigten Staaten (University of San Diego) wird Grundfragen der Wirtschaftsbeziehungen zwischen USA und EG aus der Perspektive des GATT und der Vereinbarungen im Rahmen der Uruguay-Runde behandeln, und Professor Prodromos DAGTOGLOU (Universität Athen) wird Spezialprobleme des Wettbewerbs der einzelnen Verkehrsträger in Europa unter rechtlichen Gesichtspunkten diskutieren. Ich möchte an dieser Stelle allen Institutionen, die diese Stiftungsgastprofessur in den letzten Jahren ermöglicht haben, nämlich der *Saarländischen Landesbank*, der *Ernst-Röchling-Stiftung*, dem *Stifterverband der Deutschen Wissenschaft*, der Firma *Mercedes Benz* für diese Förderung meinen Dank

aussprechen und der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Förderung auch in Zukunft möglich sein wird. Daß die *Saarbrücker Zeitung* und der sie tragende Verlag sich an dieser Stiftungsgastprofessur erstmals in diesem Jahr mit einem namhaften Betrag beteiligt haben, ist ein hoffnungsvolles Zeichen, das unsere Dankbarkeit verdient.

Die steigende Zahl der Studiengangsteilnehmer in den letzten Jahren hat die Universität veranlaßt, für den Aufbaustudiengang "Europäische Integration" einen Numerus clausus einzuführen. Wir haben in diesem Jahr in der rechtswissenschaftlichen Sektion nur 75 Teilnehmer zulassen können, die aus 23 Ländern kommen, davon über ein Viertel aus der Bundesrepublik. Danach stellen die Teilnehmer aus Griechenland, Frankreich, Belgien, Spanien, Schweden, Schweiz, Großbritannien und auch China das höchste Kontingent. Andere Teilnehmer kommen aus Island, Japan, der Türkei, den USA, zwei Teilnehmer aus afrikanischen Staaten, drei Teilnehmer aus Südamerika. Von den 85 Neueinschreibungen und zahlreichen Wiederholern des letzten Jahres, also weit über 100, haben 54 Teilnehmer, etwa 60%, das Zertifikat erhalten. Davon haben neun Teilnehmer mit der Note "sehr gut" abgeschnitten. Es spricht für die hohen Anforderungen im Aufbaustudiengang, daß kein Teilnehmer die Note "ausgezeichnet", die wir ja vorgesehen haben, erreicht hat. Wir pflegen zwar nicht das Prinzip: *"18 sur 20, c'est le meilleur élève, 19 sur 20, c'est le prof lui-même, et 20 sur 20, c'est le bon Dieu."* Gleichwohl zeigt das Ergebnis doch, welche Anforderungen in diesem Aufbaustudiengang bewältigt werden müssen. Neun Teilnehmer haben die Note "sehr gut" erreicht, darunter besonders herausragend Herr BERGMANN, Herr RITTER und Herr HALL. Während wir in diesem Jahr Teilnehmer aus 23 Ländern haben, stammten die Teilnehmer aus den vergangenen Jahren nur aus 15 Ländern, woraus zu schließen ist, daß das Interesse an dem Studiengang mittlerweile breiter gestreut ist. Obwohl auch das letzte Jahr anstrengend war, haben zwei Hochzeiten von Teilnehmern das Institut erfreut, was darauf schließen läßt, daß der Studiengang doch nicht ganz so arbeitsintensiv ist, wie manchmal beklagt wird. Außerdem gab es beim traditionellen Sommerfest erstmals einen sportlichen Beginn mit Fußballspiel der Professoren gegen die Studenten, wobei zu sagen ist, daß die Studenten mit Recht haushoch 3:0 gewannen. Die Teilnehmer bilden nach kürzester Zeit eine Art Familie, und wir hoffen, daß dies auch für das kommende Studienjahr gelten wird. Sie werden sich heute beim anschließenden Empfang, den der Universitätspräsident im Europa-Institut gibt, kennenlernen, dann zusammen "Weihnachten im Europa-Institut" feiern, bei der Vorbereitung der Klausuren zusammen leiden und gegen Ende des Semesters bei unserem Faschingsfest die wohl verdiente Entspannung finden können.

Zu den erfreulichen Entwicklungen des Europa-Instituts gehört, daß neben der rechtswissenschaftlichen Sektion auch die wirtschaftswissenschaftliche Abteilung floriert, über die Herr Kollege POMMEREHNE berichten wird. Selbstverständlich können die Teilnehmer auch die Vorlesungen und Veranstaltungen der anderen Abteilung besuchen, wobei freilich nicht zu erwarten ist, daß eine rechtswissenschaftliche Vertiefungsveranstaltung darauf abgestimmt werden kann, daß jemand nur wenige rechtswissenschaftliche Vorkenntnisse hat. Das gleiche gilt natürlich umgekehrt für die betriebs- oder volkswirtschaftlichen Veranstaltungen.

Probleme bereitet uns in erheblichem Maße die Ausweitung der Literatur auf dem Gebiet der Europäischen Integration, und zwar in allen Mitgliedstaaten. Wer für Seminare und Magisterarbeiten eine anspruchsvolle Arbeit vorlegen möchte, muß die gesamte Literatur über das Problem, das in der Regel in allen Mitgliedstaaten eine einschlägige Behandlung gefunden hat, auswerten können. Es ist daher selbstverständlich, daß ein Europa-Institut Literatur in italienischer, spanischer, niederländischer, u.U. auch portugiesischer und dänischer Sprache sammeln muß und sich nicht nur mit einigen Randpublikationen in deutscher Sprache, englischer oder französischer Sprache begnügen kann, denn oft werden die Probleme gerade in der anderen Sprache intensiver behandelt, weil sie in dem entsprechenden Land eher einschlägig sind. Wir können uns schon glücklich schätzen, wenn wir mit den uns zur Verfügung gestellten Mitteln sämtliche Monographien und einschlägigen Zeitschriften aus Großbritannien, Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland anschaffen können. Die Situation hat sich gegenüber der Zeit der Gründung des Europa-Instituts, als die europarechtliche Literatur nur spärlich war, drastisch verändert. Früher konnte man von einer Spezialbibliothek auf einem begrenzten Felde sprechen; heute ist eine internationale Bibliothek, die sehr viele Sachbereiche erfaßt, vonnöten.

Das Europa-Institut hat in den letzten Jahren für seine wissenschaftlichen Arbeiten, seine Kontakte und für die Bibliothek Drittmittel erhalten, insbesondere vom *Verband der Elektrotechnik- und Elektronikindustrie*, vermittelt von Professor SCHEID und Herrn Dr. WISSING, vom *Saarländischen Sparkassen- und Giroverband* durch seinen Präsidenten, Herrn Werner KLUMPP, und auch durch die *Saarländisch-Rheinlandpfälzische Zentralbank*, deren Präsidenten, Herrn KOEBNICK, ich hier begrüße. Allen genannten Herren und Institutionen gilt mein herzlicher Dank.

Außerdem haben wir im Europa-Institut regelmäßig mit Drittmitteln und insbesondere mit Förderung der *Fritz-Thyssen-Stiftung* wissenschaftliche Tagungen mit Experten veranstaltet, so im vergangenen Jahr eine Tagung zum europäischen Sozialraum, die auch durch das saarländische *Ministerium für Wirtschaft* und das *Ministerium für Wissenschaft und Kultur* gefördert wurde. Wir werden Ende dieser Woche eine Tagung über Staatenimmunität, insbesondere auch Immunität internationaler Organisationen und der Europäischen Gemeinschaften, veranstalten, die ebenfalls von der *Fritz-Thyssen-Stiftung* gefördert wird, und planen für das nächste Frühjahr eine Tagung über diplomatische Protektion, die gleichfalls von der *Fritz-Thyssen-Stiftung*, so hoffe ich, gefördert werden wird und bei der auch die Frage der Protektion der Europäischen Gemeinschaft für die neuen Europa-Bürger ein Thema sein wird.

Zum Abschluß dieser Einführung ist es mir eine Freude, Teilnehmern des Aufbaustudienganges der rechtswissenschaftlichen Abteilung des vergangenen Jahres ihre Zertifikate zu überreichen und allen Glück zu wünschen für ihren weiteren Lebensweg. Möge das Zertifikat Ihnen bei Ihren Bewerbungen, wie wir das in den vergangenen Jahren so häufig erlebt haben, eine Hilfe sein. Möge es Sie ermuntern, Ihre Arbeit mit einer Magisterarbeit fortzusetzen.

(Überreichung der Zertifikate)

Außerdem möchte die *Hans-Werner-Osthoff-Stiftung*, die der Förderung der wissenschaftlichen Arbeiten des Europa-Instituts dient, zwei besonders gute Absolventen, deren Magisterarbeit die Note "ausgezeichnet" erhalten hat, mit dem *Hans-Werner-Osthoff-Preis* ehren. In Anwesenheit des Stifters, Herrn Professor Hans-Werner OSTHOFF, den ich heute unter uns begrüße, werden Herr Professor Pommerehne und ich nunmehr diese Preise überreichen, und zwar an Frau Mercedes ESCUDERO VILAR und Herrn Enrique LLOPIS REYNA.

(Überreichung der Hans-Werner-Osthoff-Preise)

Schließlich möchte ich nicht versäumen, allen Dozenten, insbesondere jenen, die aus Luxemburg, Brüssel, Straßburg und anderswoher zu uns kommen, für Ihren Einsatz herzlich zu danken. Wenn Herr SCHLOH oder Herr SCHRÖTER, die heute hier anwesend sind, über die Ardennen am Wochenende hin- und herfahren, so ist das keine Selbstverständlichkeit. Das läßt sich nicht in irgendeinem materiellen Betrag ausdrücken, der lächerlich ist, sondern das ist ein echtes Engagement für die nächste Generation in Europa, und das, meine ich, kann gar nicht hoch genug gewürdigt werden.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren,

ich darf mich bei Ihnen allen für dieses hervorragende Ergebnis, das nicht nur Ihre Leistung ist, sondern auch eine Leistung aller Beteiligten am Europa-Institut, herzlich bedanken. Vielleicht hat es in Europa eine Art atmosphärischen Wandel im Zuge der Diskussion um den Maastrichter Vertrag gegeben. Wir dürfen uns durch diesen atmosphärischen Wandel nicht zu stark beeindrucken lassen, sondern müssen nach der Ratifikation einen Schritt weiter bis zur nächsten Vertragskonferenz im Jahr 1996 gehen. Ich wünsche uns allen, daß sich daraus eine Kräftigung der europäischen Idee entwickelt.

Herr Kollege POMMEREHNE wird nunmehr für den wirtschaftswissenschaftlichen Teil sprechen, und anschließend wird David EDWARD seinen Festvortrag halten.

Ich danke Ihnen.

**Der Direktor des Europa-Instituts der Universität des Saarlandes
- Sektion Wirtschaftswissenschaft -**

Professor Dr. Werner POMMEREHNE

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrter Herr Dekan,
verehrte Damen und Herren,

wir feiern dieses Jahr ein Novum, die Verleihung des Hans-Werner-Osthoff-Preises an einen Absolventen des Studienganges Wirtschaftswissenschaft. Dies hat mich in meiner Eigenschaft als Direktor der ökonomischen Sektion des Europa-Instituts und zugleich Sprecher des wirtschaftswissenschaftlichen Zweiges in vielerlei Hinsicht sehr erfreut.

Zum einen ist es mir heute möglich, diese Ehrung vorzunehmen, wobei ich Ihnen, lieber Herr Osthoff, noch einmal sehr herzlich für die Generosität und die aktive Unterstützung des Europa-Instituts danken möchte. Zweitens gelang es bereits einem Teilnehmer des *2. Studienjahres der ökonomischen Sektion*, diesen Preis zu erringen, was sicherlich die Qualität dieses Studienganges nur unterstreichen kann. Und als dritte Quelle der Freude habe ich die Möglichkeit, auf hervorragende Leistungen hinzuweisen, wie sie in diesem Falle Frau Mercedes Escudero Vilar aus Spanien gezeigt hat. Denn Hochschullehrer zu sein, heißt, wie Sie wissen, sich in der Regel mit dem schlechteren Ende der Notenskala herumzuschlagen.

Die Arbeit von Frau Escudero Vilar bietet ein gutes Beispiel dafür, welche Themen von den Studenten des ökonomischen Zweiges behandelt werden und zu welchen Schlüssen sie in diesen Arbeiten kommen.

In ihrer Abhandlung über den "Außenhandel und Strukturwandel in der spanischen Industrie (1978-1989)" befaßt sich Frau Escudero Vilar mit der Untersuchung des Effektes der Integration Spaniens in den Europäischen Wirtschaftsraum, wobei das Hauptaugenmerk der Arbeit auf der Auswirkung dieser Öffnung der Wirtschaft auf die Industriestruktur liegt.

Auf den theoretischen Ansätzen zum Thema Integration fußend wird die spanische Wirtschaft für den Untersuchungszeitraum einer empirischen Analyse unterzogen, die, wie man ohne zu untertreiben feststellen kann, den Wissensstand in Sachen industrie-ökonomischer Integrationsforschung erweitert hat und somit einen bedeutenden Beitrag zur Forschung liefert. Besonders hervorzuheben ist die Erkenntnis, wie auch im Rahmen von Vorgängeruntersuchungen ermittelt, daß in der Realität Importe eher zu einem Rückgang der Nachfrage, die auf die inländischen Produzenten fällt, führen, als daß sie einen effizienzfördernden Effekt aufweisen.

Ich kann also mit Fug und Recht behaupten, daß wir eine würdige Preisträgerin gefunden haben.

Vieles, was Herr Ress so trefflich gesagt hat, will ich aber jetzt nicht nochmals unter dem Label der "Ökonomie" statt "Jura" wiederholen, so daß ich mich kurz fassen kann. Es geht mir im wesentlichen darum, die Zertifikatsurkunden an all jene zu vergeben, die das erste Jahr erfolgreich absolviert haben, und ich hoffe, daß einige von Ihnen auch den zweiten Schritt machen werden und das Magisterstudium im nächsten Jahr ergreifen werden.

Lassen Sie mich kurz noch ein paar Bemerkungen zur Bilanz unseres letzten Studienjahres machen, aber auch einen Blick auf das künftige Studienjahr werfen. Wir sind am Abschluß des dritten Studienjahres, besitzen also bei weitem nicht die Bekanntheit des juristischen Zweigs des Europa-Instituts. Trotzdem bin ich über die Nachfrageentwicklung unseres Studienganges sehr erfreut. Wir hatten zu Beginn, also 1990/91, 32 Studienanfänger. Im jetzigen Jahrgang waren es 40 Studienanfänger, und für das jetzt beginnende Studienjahr ist die Nachfrage so groß gewesen, weit über 100, daß wir nach strengen Kriterien auswählen mußten, um keine allzu starke Kapazitätsüberlastung zu erhalten. Wir sind jetzt bei 110% der Kapazität. Ich habe den Eindruck, daß es sich langsam in Europa, nicht etwa nur in der Bundesrepublik Deutschland oder gar nur im Saarland, herumgesprochen hat, daß wir mit dem Studiengang "Europäische Wirtschaft" etwas anbieten, das sowohl im Unternehmensbereich, aber auch im öffentlichen Bereich auf zunehmendes Interesse stößt. Um ein Beispiel aus meinem engeren Bereich zu geben: Eingehende Kenntnisse über wirtschaftliche Integrationsprozesse, diese zu analysieren und zu beurteilen, sind uns sehr wichtig, um zu einer kritischen Einschätzung etwa der Maastrichter Beschlüsse bzw. wesentlicher Teile daraus zu gelangen. Diese kritische

Betrachtung wird geschätzt, und zwar auch von jenen, die sie, wie etwa die EG-Behörde, weniger gerne sehen. Ich muß hinzufügen, etliche unserer Studierenden aus dem 1. und 2. Jahr haben bei der Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen in Brüssel ihre *Stage* gemacht und sind dort voll eingesetzt worden. Andere waren in Luxemburg beim Statistischen Amt der EG oder im Direktorium des Europäischen Parlaments. Wieder andere haben sich unweit des Straßburger Gerberviertels in die Türme der EG-Institution begeben.

Von den Magisterabsolventen sind viele in ihr Heimatland zurückgekehrt und haben dort einen sehr anspruchsvollen Aufgabenbereich erhalten. Ich darf in diesem Zusammenhang auch darauf hinweisen, daß der Studiengang sich ähnlich international zusammensetzt wie der unserer juristischen Kollegen. Im ersten Jahr kamen 45% der Teilnehmer aus dem Ausland. Heute haben wir über 55%, die aus dem Ausland kommen mit Frankreich, Spanien, Japan an der Spitze, aber auch aus Afrika und selbst aus den USA, wo vielleicht am ähnlichsten vergleichbare Institutionen bestehen, wenn diese auch nicht auf Europa ausgerichtet sind. Im Jahrgang 1991/92 hatten wir 29 Vollzeitstudierende; ich lasse diejenigen, die berufsbegleitend studieren, aus der Betrachtung weg. Von diesen 29 haben 15, also etwas mehr als die Hälfte, den Zertifikatsabschluß erzielt; sieben, ein Viertel der Startenden, haben darüber hinaus den Magisterabschluß vollbracht. Das sind gute Zahlen, wenn man sie mit den Ziffern entsprechender Institutionen vergleicht.

Rücken wir nun die ins Licht, um die es heute geht, die Empfänger der Zertifikate. Ich will aber vorher noch kurz eines sagen. Ich möchte meinen Kollegen vom wirtschaftswissenschaftlichen Bereich danken, die die Aktivitäten des Europa-Instituts in der Lehre unterstützt haben und dies auch weiterhin tun wollen. Sie haben damit weit mehr getragen, als sie im Rahmen ihrer Lehrbelastung hätten tragen müssen. Weit mehr!

Ich danke ebenso den juristischen Kollegen unserer Fakultät, die uns nicht nur in der Startphase mit Rat und Tat unterstützt haben, sondern mit denen sich auch eine weitergehende Verflechtung im Lehrprogramm anbahnt, was sich für sämtliche Studierende nur als sehr fruchtbar erweisen kann.

Professor Dr. Dr. Dr.h.c.mult. Georg RESS:

David Edward is going to speak to us today on the subject "*European Community, Commerce, Competition and Protection*". David Edward is an old friend of our Institute. When he was an advocate in Edinburgh, the equivalent of a barrister in England, he was chosen by the University of Edinburgh to become the Director of the Centre of European Governmental Studies at the Old College, Edinburgh, an Institute which was already famous because of its former director, John Mitchell, and became even more famous under the guidance of David Edward. He transformed it into an Europa Institute and established good relations with the Europa-Institut in Saarbrücken. When he became Judge at the Court of First Instance in Luxemburg, he came to lecture here in our Institute on his first impressions. Now, he has - I suppose - quite a lot of further impressions as a Judge at the Court of Justice and we will benefit of it. Last year in Edinburgh, I heard him speak in a marvellous lecture on problems of the Maastricht Treaty, states, people, nations and the problems surrounding the European Community. Today, in this inaugural speech, he is presenting an even more delicate and controversial subject - the relationship between commerce, competition and protection within the European Community. I hope we could broadcast this lecture directly to Brussels to the GATT negotiations between the United States and the EEC, and if he has some solutions for this political, social and economic dilemma, we gladly listen. I am very happy that Judge David Edward accepted our invitation to speak to us and I warmly welcome him here.

Festvortrag

The Right Hon. Judge David A. O. EDWARD

European Court of Justice, Luxemburg

**European Community -
Commerce, Competition and Protection**

European Community - Commerce, Competition and Protection

Mr. President,
Mr. Dean,
Directors of the Europa Institute,
Mr. Advocate General,
Ladies and Gentlemen,

I feel greatly honoured to have been asked to contribute to the opening of a new academic year here at the University of the Saarland. For anyone involved in the European institutions, the Saarland has a special significance, since it lies at the heart of the region that inspired the first European Community, the Coal and Steel Community, forty years ago.

The University of the Saarland also has a special significance for me. As Professor Ress has told you, I went from the bar in Scotland to teach European Institutions at the University of Edinburgh. When I took that chair, it had been vacant for reasons of finance for four years, and I needed all the support I could get. Georg Ress was for me an untiring friend and supporter. For the help he gave me and for that support I would like to express my heartfelt thanks this morning.

One of our mutual pupils, a graduate of Edinburgh and Saarbrücken, now teaches European law at Edinburgh. One of my legal secretaries at Luxembourg teaches English law at Saarbrücken, and this lecture owes quite a lot to the researches of another Saarbrücken graduate who is working with us at the Court and has just been awarded the Certificate at the Europa Institute.

The opening of a new academic year is always a special time, both for teachers and students. It is a time of new faces, new problems, new subjects and new challenges. This is nowhere more so than in a place such as this: a place that lies at one of the crossroads of Europe where students from different countries and different traditions come together to study the legal and economic institutions that bind us together in a community of European peoples.

Three days ago, I attended the opening of the academic year at another, but very different German university: the Europa Universität Viadrina at Frankfurt/Oder. It too lies at one of the crossroads of Europe and, like Saarbrücken and Edinburgh, it brings together lawyers and economists from different countries and different traditions in a multi-national and interdisciplinary approach to the study of European institutions.

But Viadrina is multinational in a new sense. This year, only the second year of its existence, 35 % of the students are Polish. And there is another great difference between Frankfurt/Oder and here: the frontiers at Saarbrücken are open, the frontiers at Frankfurt/Oder are not.

In order to come here today, I left Luxembourg soon after nine o'clock. I arrived here in less than an hour and a half. To make the same journey of the same distance from Poland to Frankfurt would probably have taken six hours, of which four would have been spent waiting in a queue at the frontier. If I had been driving a heavy lorry carrying goods from Germany into Poland with a view to going to Belorussia or Russia or to the Ukraine, I would have had to wait at the frontier for 29 hours. That is the average time that it takes to cross the frontier at the Oder. By contrast, heavy lorries carrying goods from France into Germany, from Germany into Luxembourg, or from Luxembourg into Belgium can pass the frontier without stopping.

The fact that the frontiers of Western Europe are open to the passage of people and trade, while those of Eastern Europe are not, is an achievement that we in Western Europe are in danger of taking for granted. Students from other European Community countries take it for granted that they can come to Saarbrücken to study and to pay the same fees as German students. Polish students who come to Frankfurt/Oder do not have that right.

In saying that, I do not minimize the generosity of this country which makes it possible for Polish students to study at Frankfurt. But we, at this end of Europe, are in serious danger, in all countries and at all levels of society, of taking the achievement of the European Community for granted. We are in danger of forgetting how difficult that Community was

to create. We are in danger of underestimating the effort of will, and the effort of mutual understanding and tolerance, that are necessary to keep it alive and working.

The reason, I suspect, is that the European Community is essentially a technocratic achievement, and technocratic achievements are, at the moment, unattractive. They inspire distrust rather than admiration.

Furthermore, the last two years have been years of disillusionment. Four years ago, Western Europe was striding confidently towards the Single Market of 1992. There was every reason to believe that the other Scandinavian countries, Switzerland and Austria, would join soon. Then the Wall fell and the communist empire collapsed. Truly, it seemed that we could say with Shelley:

*"The world's great age begins anew,
The golden years return ...".*

But that, alas, has been a fond hope of mankind that goes back to Virgil, the prophet Isaiah and beyond. It is a hope that has been consistently disappointed, and it did not take long for us to be disappointed too.

Now we find ourselves in the worst depression since 1930. The world trading system based on GATT is at risk. We know now what is meant in human and economic terms by the collapse of communism. A free market for the Mafia is not exactly what we had in mind, to say nothing of the horrors of Bosnia.

At home, the debate about the Maastricht Treaty and the problems of the European Monetary System have created new doubts and new tensions between the peoples of Western Europe. The EFTA-countries, the Scandinavian countries, and particularly Switzerland, are less enthusiastic. And, to put it bluntly, the political mood in all our countries is ugly. It is accompanied by widespread disillusionment, amongst ordinary people, with the policies, the parties and the basic institutions of modern democracy. Italy is only the most obvious example of that disillusionment. Such disillusionment is not wholly new, but it is more dangerous than many politicians seem to be prepared to admit. Nevertheless, we have been through periods of disillusionment before, and in many respects - disillusionment, uncertainty, threat of disorder - we are living in a world that is not very different from the world in which the European Community was born and through which it has had to live most of its life.

The Schuman Declaration of 9 May 1950, which began it all, made at the outset a point of fundamental importance: *"Europe will not be made all at once, or according to a single plan. It will be built through concrete achievements which first create a de facto solidarity."*

The Schuman Declaration led to the Coal and Steel Treaty and so led on to the Economic Community Treaty, the Single European Act, Maastricht and, from 1st November, European Union.

This progression from one stage to another, although it appears to be a logical development and one that could not have been avoided, was not self-evident and was not preordained. Each step required recognition of the concrete achievement represented by the last. And it is important to remember that there were failures and hesitations at every stage.

The concrete achievement of the Coal and Steel Community was, as Schuman intended, to make a further war between France and Germany not merely unthinkable but materially impossible by fusing the basic elements of industrial production as they then were. But it was followed, almost immediately, by failure of the project for a European Defence Community and a European Political Community.

There is a tendency nowadays to speak of the "founding fathers" of the Community as if they were a group of men sharing the same clear vision of where they wanted to go and how they wanted to go there. As an antidote to that view, let me quote three passages from the Memoirs of Robert Marjolin, a great European statesman, who was the leading French negotiator of the Treaty of Rome and later the first French Vice President of the EEC Commission:

"A number of *idées-forces* which, in preceding years, had ruled the thinking of those who regarded themselves as 'Europeans', were totally discredited, even for many of their advocates. One could no longer mention the subject of European defence, nor that of supranationality, European constitution, relinquishment or delegation of sovereignty, or even European institutions, without in most cases eliciting from the listener a wry smile of disappointment, scepticism or irony, and sometimes a sharp reaction, as though one had

suggested an abdication on the part of France, a renunciation of national independence, a total submission to a foreign will."¹

"Another factor which was very influential in France, and which dictated my attitude towards European institutions, was a gut reaction on the part of most politicians and government officials to any form of supranationality. The origin of this reaction was the quarrel over the European Defence Community. The rejection of the EDC was, by extension, rejection of all supranational institutions."²

"It was essential to give the new treaty a purely economic character, ignoring the grand principles and political goals which in the years from 1950 to 1954 had fired the enthusiasm of the 'Europeans', but which in 1956 were arousing hostile reactions in large segments of public opinion."³

Do you recognize the political atmosphere Marjolin describes ? It is, I think, the very same political atmosphere in which we are living today. Grand ideas about European integration were not the flavour of the month in 1956 any more than they are now.

For most people now (and, after Maastricht, officially) the "European Community" means the European Economic Community. And yet Jean Monnet, the really convinced French European who is usually spoken of as the father of the Community, did not attach importance to the Economic Community. He attached far greater importance to the Atomic Energy Community which, like the Coal and Steel Community, is now almost entirely forgotten.

So the Economic Community, the European Community of today, was born in an atmosphere more of scepticism than of enthusiasm. It was seen as a necessary step but, if you like, a minimalist step in terms of what the real 'Europeans' wanted. And the same of course has been true, in each case, of the Single European Act and the Maastricht Treaty.

¹ Robert Marjolin, *Architect of European Unity, Memoirs 1911-1986*, London, 1989, p. 276 (translated from the French, *Le Travail d'une Vie*, Paris, 1986, p. 274).

² *Ibid.*, p. 282 (French edition, p. 279).

³ *Ibid.*, p. 296 (French edition, p. 293).

It is also as well to remember that, throughout its life, the Economic Community has not been seen as a roaring success. In 1974, some 16 years after the beginning, the study group on European Economic and Monetary Union wrote this:

*"...When one speaks of Europe, one is speaking essentially of a geographical entity situated somewhere between the USA and the USSR, composed of states which trade very actively with each other but which, in most cases, behave in national affairs and in world affairs each according to its individual leanings and affinities. ... The fact that for a number of years no significant progress has been made towards the unification of Europe means that the authority of the European institutions has been weakened and that they are no longer regarded as the prefiguration of the institutions which would watch over the destiny of a united Europe."*⁴

Marjolin was a member of that group. Twelve years later, in 1986, shortly before his death, he closed his thoughts on the future of Europe with the following words:

*"Let us simply say, so as not to appear too pessimistic, that the Community has survived these last six years as it survived the preceding ten. A limited amount of progress has been made."*⁵

Three years after he wrote those words, we were in 1989, the year of euphoria that I spoke of. So, in the space of eight years from 1986 to today, we have gone from pessimism to euphoria and back to pessimism - I would say, back to normal in fact.

Now, if pessimism is normal, how is it possible for me to speak as I have done about the concrete achievements of the European Community ? And if there have been concrete achievements, what is the secret of success ?

First of all, the reality of the achievement. For this I adopt the words of the epitaph of Sir Christopher Wren in St. Paul's Cathedral in London: *Si monumentum requiris circumspice* (If you look for a monument, look around you).

⁴ *Ibid.*, p. 362 (French edition, p. 357).

⁵ *Ibid.*, p. 370 (French edition, p. 365)

I have mentioned the queue of lorries 5 km long on the border with Germany and Poland. It may seem perfectly natural to you, and particularly to those who are just starting here, that in Western Europe we should now, very substantially, be able to buy what we like, to go where we like, to live where we like, to place our money where we like, and so on. But that is neither natural nor inevitable in a world whose legal and political order attaches so much importance to the sovereignty and independence of the nation state.

Protectionism is a powerful political force. It is attractive as a political slogan and it is nearly always easier for the politician to give way to protectionist demands than to insist on freedom of trade and freedom of movement. Competition is harder for the businessman than protection, whether at home or abroad. As Adam Smith observed, producers call for regulation of trade in goods and skills in order to put an end, as much as possible, to "the troublesome competition of odious and disagreeable rivals."⁶

The ingenuity of protectionism is inexhaustible. It is reflected in a huge variety of laws and regulations, many of them looking innocent enough, many of them said to be designed to protect consumers and to protect their health, but collectively making it difficult or even impossible for the manufacturer, the provider of services, the skilled craftsman, the professional man or woman, or anyone else, to operate in any country other than his own.

The Single Market which we have achieved is far more than a free trade area in any conventional sense. There is no historical precedent, nor any contemporary parallel, for a grouping of twelve highly diverse nation states which are prepared to tolerate - and I use the word 'tolerate' deliberately - freedom of trade in goods, including agricultural goods, freedom of movement of labour, freedom of movement of services and freedom of movement of capital.

Moreover, the fact that we have learned to tolerate these things, the fact that we have learned to resist protectionist pressures has produced a *de facto* solidarity, in Schuman's words, to a far greater extent than most people are prepared to admit. The reality now is that the foreign ministers of the twelve member states see each other more often than their own fellow ministers and cabinet colleagues at home.

⁶ Adam Smith, *The Wealth of Nations*, IV, viii.

The Community does operate as a single entity in many fields and, most significantly, is seen to do so by those who have to deal with it. During the Bosnian conflict the Community has been criticized for its failure to act as one. But that does not draw attention only to the failure. It also shows what other people have come to expect from the Community, even if it also shows how far we have to go. So, there is a real if limited achievement.

What is the clue to that achievement ? What is the secret of the success ? I would reply with four propositions, each of them a paradox.

The first paradox is that by concentrating on economic integration and leaving aside political integration, the authors of the EEC Treaty in fact set to work the most potent federative force of all. A great British constitutional theorist, James Bryce, said that every constitution has three main objects: first, to provide the framework of government; second, to provide due security for the rights of the citizen; and third, to strengthen the cohesiveness of the country.

As to the cohesiveness of the country, Bryce said that a constitution can achieve that in two ways. One is by setting to work the forces that bring people together, that bind them together. The other is by preventing those forces from working that keep people apart. He went on to say:

"The most generally available of these centripetal tendencies [the forces that bring people together] is trade, that interchange of commodities which benefits all the producers by giving them a market, all the consumers by giving them the means of getting what they want, all the middlemen by supplying them with occupation. A constitution can render no greater service to the unity as well as to the material progress of a nation than by enabling the freest interchange of products to go on within its limits."⁷

The comparison is often made between the United States and the European Community. If one compares the Constitution of the United States and the constitutional charter of the Community (the Treaties), we find that the US Constitution has detailed prescriptions dealing with the political institutions of the Union. And yet, when it comes to integration, history shows us that the most potent impetus to integration - "that which has done more to knit the American people into an indivisible Nation than any other one force in our history,

⁷ James Bryce, *Studies in History and Jurisprudence*, Oxford, 1901, Vol. I, pp. 229-232.

excepting only war"⁸ - was enforcement of a clause some dozen words long: the commerce clause.

It took some forty years before the US Supreme Court, in *Gibbons v Ogden*⁹, ruled that the commerce clause must be enforced and that there must be freedom of trade between the states. In our case, by contrast, our constitutional charter is short on political prescription, but is full of detailed economic prescription. That brings me to my second paradox.

The second paradox is that the Treaty of Rome has been successful precisely because it is technocratic and boring. It contains few ringing phrases and it says very little about the liberty of the citizen. But it does contain detailed rules for achieving an integrated economy. It is boring because it goes into highly technical detail as to how economic integration is to be achieved, by setting out the principles, the foundations, the policy and the institutions. It is highly pragmatic, leaving little to chance.

Insofar as it did leave matters to chance, then I come to my third paradox: that the process of integration owes most to the institution which people have noticed least, the Court of Justice. Marjolin's *Memoirs* mention it twice in passing; Monnet's *Memoirs* are more generous and give it 15 lines.

Detailed though the EEC Treaty was, it needed to be filled out by interpretation. And, at various key moments in the Community's history, it is the Court that has been called upon to decide in which of two possible directions the Community should go.

Critics of the Court say that it has been arrogant in extending its jurisdiction and introducing interpretations which are contrary to the intentions of the treaty makers. I think both propositions are wrong for a simple reason: that the Court can only give judgments in cases that are brought before it - in most cases because the point in issue has been raised in proceedings already in existence before a national court.

The development of Community law, for which people tend to give credit to the Court and for which, I must admit, the Court sometimes claims credit, is due not so much to us, the judges, as to the persistence of individuals who bring cases because they want to overcome protectionist methods and protectionist devices, because they want to resist unfair competition and because they want freedom to trade and to move.

⁸ Albert J. Beveridge, *The Life of John Marshall*, Boston and New York, 1919, Vol. IV, p. 429-430.

⁹ Wheaton 1 (1824).

Community law has been created, not only by stubborn companies like Rewe and Metro and GB-INNO, but also by stubborn individuals like Mr. and Mrs. Dassonville, Miss Defrenne and Miss Marshall. Miss Marshall and Miss Defrenne have probably done as much for the equal treatment of women as any politician or any judge.

But what has been possible for the Court through the efforts of these individuals, has been possible for a reason that brings me to the fourth and last paradox: that the Court has no power to enforce its judgments. Its judgments are obeyed not because somebody brings power to bear on somebody else to obey them, but because people are prepared to obey them.

Let me now briefly sketch how the Court has developed the ideas of the Community over the years since it began.

In 1962, a company called Van Gend en Loos was charged what they believed to be an excessive amount of duty for the import of a load of ureaformaldehyde - not, one would have thought, the makings of a great constitutional case. But it was, because the underlying question was: Are individuals and companies entitled to require from the Member States performance of the obligations that they undertook by the Treaty ? The answer was Yes.¹⁰

Then, in the following year, an Italian lawyer called Costa refused to pay an electricity bill amounting, in modern terms, to about 3 DM. He refused, on the grounds that the nationalization of the Italian electricity industry was contrary to the Treaty. The question was: Are the member states entitled by legislation to change the rules which they have undertaken to accept in the Treaty ? The answer was No.¹¹

I think the answer in both cases was obvious. But it was not obvious at the time, and many people argued against it in both cases.

What has come from those two cases are the two fundamental doctrines of primacy and direct effect which have been at the heart of the federative effect of the Treaty. But, as I say, the cases arose in national courts in actions brought by private companies and individuals.

¹⁰ *Van Gend en Loos*, 26/62, [1963] ECR 1.

¹¹ *Costa/ENEL*, 6/64, [1964] ECR 585.

The same happened ten years later in two cases about provision of services in law courts and other tribunals: *Reyners and Van Binsbergen*.¹² Mr. Reyners was denied admission to the Belgian bar because he was not Belgian, and Mr. Van Binsbergen was told he could not represent a client in the Netherlands because he lived in Belgium. (It was cheaper to live in Belgium.) In both cases, the problem was that, while the Treaty said that there must be freedom of establishment and freedom to provide services from the end of the transitional period (31 December 1969), the politicians had failed to bring into force the legislation which was needed.

The answer was that if the politicians had failed, then the Treaty must be given effect. The Court ruled that the rules of a treaty must take effect once the transitional period was over. From that point on, you have the end effectively of discrimination on grounds of nationality.

Then in the seventies there began a new task: the progressive dismantling, not of the obvious restrictions, customs duties and so on, but of all the hidden barriers to trade: the restriction on importing whisky into Belgium without a certificate of origin¹³; the restriction on bringing into the Federal Republic of Germany an alcoholic syrup called Cassis de Dijon because it wasn't alcoholic enough¹⁴. This surprising rule was said to be necessary for the protection of the health of the German citizen !

Of rather more concern to German citizens was the *Reinheitsgebot*¹⁵. Well, that too had to go, but removal of restrictions can work in two ways: there is more German beer now sold in Britain than ever before, because we have learned that German beer, unlike British beer, is pure !

Those of you who are about to study Community law will have to read a whole series of cases in which the Court of Justice has had to deal with the various protectionist and other pressures which produce rules of that kind. Some of the rules have been seen to be justified, some not. I can't claim that the Court has always struck the balance in the way in which one might have liked it to do. There can always be two opinions.

¹² *Reyners*, 2/74, [1974] ECR 631, and *Van Binsbergen*, 33/74, [1974] ECR 1299.

¹³ *Dassonville*, 8/74, [1974] ECR 837.

¹⁴ *Rewe-Zentral*, 120/78, [1979] ECR 649.

¹⁵ *Commission/Germany*, 178/84, [1987] ECR 1227.

But what is at issue here, and is at issue similarly in the field of freedom of movement of workers, of the professions and of services, is a practical question. It is a practical question that any community of nations has to answer if it wants to go further than a mere free trade area and if it wants to give wider rights to its citizens than they had before.

The practical question is how to strike the balance between, on the one hand, the independent legislative rôle of the nation state and, on the other, the opportunity for free trade, for freedom to provide services, freedom to live in other countries and freedom to work in other countries that people want. You have to strike that balance and the Court has had to define and refine the criteria by which the balance is to be struck: criteria such as proportionality, or the doctrine of "mandatory requirements" (*exigences impératives*) which came in with *Cassis de Dijon*.

At each stage, the Court has been trying to find a new legal basis to solve a political problem. Now, there are, of course, other ways of solving such problems. You can solve them by diplomatic negotiation, you can solve them by political discussion and you can solve them by legislation.

That is exactly what the opponents said should be done in the first case I mentioned, *Van Gend en Loos*. They said that Van Gend en Loos should not be able to challenge the customs duty in the Dutch court; they should get the Dutch to change their legislation and if necessary they should go to Brussels and get the Commission to do something about it.

There are some people, in my country in particular, who would prefer to go on in that way. The idea of a Europe of judges is not universally popular and in any event, it is not a universal panacea. Moreover, there are some questions that are political and you do not make them less so by giving them to judges to solve.

On the other hand, as the debates about Maastricht in this country have shown, some issues are so political and so divisive that they can only be resolved by an impartial arbiter whose verdict everyone is prepared to accept - if not with enthusiasm, at least with loyalty.

So I do not claim for the Court of Justice more than it can deliver. I do not suggest that it should try to do, or be asked to do, more than the Member States and their citizens are prepared loyally to accept.

But what I do say - particularly at a time of economic crisis, at a time of political disillusionment, at a time when there will be increasing pressure for protectionist measures, for protection of national industries, for protection of national interests - is that, at such a time,

we must cling firmly to the unifying forces we have. And these are: freedom of commerce, freedom of movement of people, free competition. We must ensure freedom of economic activity - freedom to trade and freedom to move - in the context of known laws impartially administered.

That, above all, is the achievement of the European Community, which we persistently undervalue.

May I conclude with a message to the students who are just about to start and those who are leaving ?

Each generation succeeds to the mess created by the last. The world is both ugly and dangerous. Its problems will not be solved by slogans or by simplistic answers. Europe is diverse. Europe is composed of nation states with their own traditions of which they are proud, and rightly so. You cannot force them to live with each other. They must be persuaded that it is in their interest to do so.

To do that effectively, to persuade people what is their real interest, you must understand the forces that bring people together and the forces that drive them apart. Here, at this University, you have the opportunity to study those forces and to understand. We depend on you because Europe needs people like you who understand the problems, who do not want just to find the easy answer, but want in some fashion to achieve concrete results which will bring about solidarity between us.

My congratulations to those of you who have succeeded in going some distance along that road of understanding and my good wishes to those who are about to start.